

Schuldenschnitt für Griechenland?

Hinweis für die Leitungsperson zur Arbeit mit dem Informationsblatt

Verteilen Sie das Arbeitsblatt „Chronologie der griechischen Schuldenkrise“ an die Teilnehmenden. Nachdem diese das Arbeitsblatt durchgelesen haben, diskutieren Sie mit ihnen folgende Fragen:

1. Weshalb demonstriert und streikt die griechische Bevölkerung immer wieder?
2. Diskutieren Sie die Aussage, dass die Gelder aus den Rettungsprogrammen nicht bei der Bevölkerung ankämen.
3. Warum beginnt gerade im Jahr 2015 die Kontroverse um einen Schuldenschnitt für Griechenland?

Lösungsvorschläge für die Diskussion:

Weshalb demonstriert und streikt die griechische Bevölkerung immer wieder?

Zu den Sparmaßnahmen gehören unter anderem Massenentlassungen von Staatsbediensteten, Kürzungen bei Gehältern im öffentlichen Dienst und bei Renten, Erhöhung der Mehrwertsteuer und neuen Steuern.

Da die Menschen verarmen, bricht der Konsum ein. Als Folge der schwindenden Nachfrage kommt die Produktion ins Stocken. Das führt zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und geringeren Steuereinnahmen.

Der Staat ist nicht mehr in der Lage, seinen Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen. Dies betrifft vor allem auch den Gesundheitssektor und sozialen Bereich.

Einkommensmöglichkeiten und Bestandteil der Sparmaßnahmen sind der Verkauf von Flughäfen, Schiffshäfen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Käufer sind reiche griechische Unternehmer oder ausländische Investoren. Viele reiche Griechen, zum Beispiel Reeder, haben ihr Geld in Steueroasen in Sicherheit gebracht.

Die Unter- und Mittelschicht streikt, weil sie erlebt, dass das Spardiktat einseitig zu ihren Lasten geht.

Diskutieren Sie die Aussage, dass die Gelder aus den Rettungsprogrammen nicht bei der Bevölkerung ankämen.

Seit 2010 bekam Griechenland ca. 380 Milliarden Euro (ca. 240 Milliarden Euro aus den Hilfsprogrammen, 100 Milliarden Euro aus dem Schuldenschnitt, den Rest über

Staatsanleihen).

Laut verschiedenen Studien, zum Beispiel durch die European School of Management and Technology in Berlin, kam von den sogenannten Rettungsgeldern bei den Menschen in Griechenland wenig an: 95 Prozent der Hilfskredite sind direkt an die Gläubiger geflossen. Damit wird verhindert, dass die Banken zusammenzubrechen oder die Versicherungskonzerne zahlungsunfähig werden.

Durch die rigiden Sparprogramme sind die Wirtschaft und damit die Steuereinnahmen eingebrochen. Zusammen mit den Massenentlassungen im öffentlichen Dienst führt dies zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit und einer Verarmung von Rentner*innen.

Nur wenig Geld bleibt dem Staat, um Industriebetriebe wieder in Schwung zu bringen, Renten ausbezahlen und andere soziale Verpflichtungen erfüllen zu können. An Infrastrukturmaßnahmen ist nicht zu denken. Letztlich muss der Staat immer weiter Kredite aufnehmen, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Warum beginnt gerade im Jahr 2015 die Kontroverse um einen Schuldenschnitt für Griechenland?

Die Notwendigkeit eines Schuldenschnitts ist schon länger im Gespräch. Schließlich haben die privaten Gläubiger bereits auf einen Teil ihrer Forderungen verzichtet. Im Jahr 2015 stellt sich die Frage nach einem 3. Rettungsprogramm. Damit stehen Überlegungen im Raum, ob immer neue sogenannte „Hilfs“-Pakete wirklich dazu beitragen, dass der griechische Staat bald wieder auf eigenen Beinen stehen kann. Anders als ihre Vorgänger ist die im Januar 2015 ins Amt gewählte Syriza-Regierung nicht mehr bereit, die Anforderungen aus Brüssel einfach zu befolgen, sondern legt erstmalig selbst einen Umschuldungsplan vor.

Weitere detaillierte Informationen finden Sie hier:

- tagesschau.de: „Griechenlands Weg in die Krise“, 02.03.2015, tagesschau.de/wirtschaft/griechenland640.html
- tagesschau.de „So viel Geld floss nach Griechenland“, 08.11.2017, tagesschau.de/wirtschaft/rettungspakete-101.html
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: „Finanzkrise in Griechenland“, lpb-bw.de/finanzkrise_griechenland.html

Chronologie der griechischen Schuldenkrise:

Oktober 2009

Bei vorgezogenen Neuwahlen erreichen die Sozialisten (PASOK) die absolute Mehrheit der Sitze. Der amtierende Ministerpräsident Karamanlis (Konservative Partei Nea Dimokratia) tritt aus allen Ämtern zurück. Skandale, Korruption und riesige Schulden haben ihn in Verruf gebracht.

Der neue Ministerpräsident Papandreou erklärt, dass die Verschuldung viel höher als bisher eingestanden sei. Es wird eine Staatspleite Griechenlands befürchtet.

Frühjahr 2010

Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Europäische Zentralbank (EZB) und die EU-Kommission (zusammen „Troika“ genannt) einigen sich mit der griechischen Regierung auf ein Kredit- und Sparprogramm.

Das 1. Rettungspaket (2010-2013) im Umfang von 110 Milliarden Euro soll im Laufe von drei Jahren in Raten ausbezahlt werden. 80 Milliarden Euro des Gesamtpaketes sollen von den Euro-Ländern kommen, 30 Milliarden Euro vom IWF.

Mai 2010 bis Ende 2011: Proteste der Bevölkerung mit Streiks gegen das Sparprogramm, die steigende Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen von Staatsbediensteten.

Februar 2012

Die Finanzminister*innen der Euro-Staaten stimmen dem 2. Rettungspaket (2012-2015) zu. Die Auszahlung der Kreditraten wurde mehrfach gestoppt. Insgesamt gingen 142,7 Milliarden Euro an Griechenland

Die privaten Gläubiger ermöglichen einen Schuldenschnitt, indem sie auf etwa 50 Prozent ihrer Forderungen verzichten. Dies entspricht ca. 100 Milliarden Euro. Die Euro-Finanzminister*innen geben daraufhin grünes Licht für die erste Überweisung von 35,5 Milliarden Euro aus dem 2. Rettungspaket. Davon bekommen die griechischen Banken 18 Milliarden Euro (zur Rekapitalisierung). Insgesamt stehen bis 2014 100 Milliarden Euro an Krediten zur Verfügung.

Voraussetzung für die Auszahlung der Kredite sind weitere Sparmaßnahmen. Die Griech*innen protestieren dagegen mit einem Generalstreik.

Sommer 2012

Bei den Parlamentswahlen im Mai erhielt die bisherige Regierung wegen ihrer rigiden Sparmaßnahmen keine Mehrheit. Es findet sich keine andere Koalition für eine neue Regierung. Deshalb werden im Juni Neuwahlen angesetzt. Die neue Regierung setzt sich aus Nea Dimokratia, PASOK und der Demokratischen Linken (Dimar) unter Ministerpräsident Samaras zusammen. Damit ist im Prinzip wieder die Regierung an

der Macht, die Griechenland in die Pleite geführt hat.

Die Troika fordert weitere Sparmaßnahmen und verknüpft damit weitere Zahlungen. Nach langen Verhandlungen werden Ende des Jahres wieder Hilfszahlungen frei gegeben. Die Forderung des IWF nach einem Schuldenschnitt wird zurückgewiesen. Ein landesweiter Streik gegen die Sparmaßnahmen legt vor allem den Verkehr lahm.

Herbst 2013

Eine weitere Kreditrate ist an die Entlassung von 15.000 Staatsbediensteten gekoppelt. Die Bevölkerung reagiert darauf mit einem 48-stündigen Streik.

Die demokratische Linke verlässt die Regierung. Die neue Regierung, die nur noch aus Konservativen und Sozialisten besteht und lediglich über eine knappe Parlamentsmehrheit verfügt, wird vereidigt.

Ein Touristenboom in Griechenland führt zu einer leichten Verbesserung der Leistungsbilanz.

Ende 2014 / Anfang 2015

Ministerpräsident Samaras erhält im Parlament keine Mehrheit bei dem Versuch, Stavros Dimas zum Präsidenten wählen zu lassen. Er setzt Neuwahlen an.

Wahlsieg der linken Partei Syriza. Tsipras will als neuer Ministerpräsident erreichen, dass die Sparauflagen der internationalen Geldgeber gelockert werden.

Finanzminister Varoufakis legt einen Zeitplan vor, demzufolge bis Ende Mai in Übereinkunft mit den Geldgebern eine Lösung der Schuldenkrise gefunden werden soll.

Die Eurogruppe einigt sich mit Griechenland auf die Verlängerung des Hilfsprogramms um vier Monate. Die Regierung in Athen muss sich dabei zu den Spar- und Reformauflagen sowie zur weiteren Zusammenarbeit mit EU, EZB und IWF bekennen.

August 2015

Nach wochenlangen Verhandlungen einigen sich Griechenland und die europäischen Partner auf die Bedingungen für ein 3. Rettungspaket (2015-2018). Es beläuft sich auf 86 Milliarden Euro und ist auf drei Jahre befristet. Es endet im August 2018. Bis Ende 2017 wurden davon 40,2 Milliarden Euro ausbezahlt.

Griechenland muss eine Reihe weiterer Reformen umsetzen und Schritte zur Haushaltskonsolidierung unternehmen, um das Geld schrittweise ausgezahlt zu bekommen. Nur dann wolle sich der IWF am Rettungspaket beteiligen.

Einige Begriffe

Bei den sogenannten **Retzungspaketen** handelt es sich um Kredite, für die Zinsen bezahlt werden müssen. Beispielsweise zahlte Griechenland im Jahr 2014 400 Millionen Euro an Zinsen für die Kredite aus dem 1. Rettungspaket.

Der **Internationale Währungsfond (IWF)** hat 188 Mitgliedsstaaten (Stand 2015). Eine seiner Hauptaufgaben ist die Vergabe von Krediten an Länder ohne ausreichende Währungsreserven, die in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten sind. Im Falle von Wirtschafts- und Finanzkrisen können solche Länder Unterstützungsprogramme des IWF beantragen. Diese umfassen neben Krediten auch Beratung sowie wirtschaftspolitische Auflagen zur Überwindung der jeweiligen Krisen.

Die **Europäische Zentralbank (EZB)** ist die Zentralbank der 19 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die den Euro eingeführt haben. Die wichtigste Aufgabe ist es, den Wert des Euro zu erhalten.

Gläubiger ist, wer eine Forderung gegenüber einem Schuldner hat. Private Gläubiger sind meist die großen Kreditinstitute und Versicherungsgesellschaften. Öffentliche Gläubiger sind zum Beispiel der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB).

Sparprogramme sollen der Verringerung des Haushaltsdefizits Griechenlands dienen. Sie umfassen unterschiedliche Maßnahmen wie Stellenabbau bei den Staatsbediensteten, Kürzungen bei Renten und Gehältern im öffentlichen Dienst, Privatisierung von Häfen, Flughäfen und Eisenbahnen, Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Einführung neuer Steuern zum Beispiel auf Immobilien, Kürzungen im Verteidigungshaushalt.